

Alfred Mayer  
Telefon 089/4304127  
Telefax 089/43988623

81827 München, den 27.11.07  
Waldtruderinger Str. 6

An die  
Bürgerversammlung  
Trudering /Riem

### Antrag

#### Wertstoffhof Mauerseglerstraße

- ~~Dienstleistungsliche Maßnahmen gegen das Kommunalreferat~~
- ~~1. Frage zur Stichhaltigkeit der bisherigen Auskünfte des Kommunalreferats~~
  - ~~2. Vergleichende Untersuchungen des Deutschen Städtetages über die möglichst nachhaltige Wiederverwendung noch brauchbaren Sperrmülls bundesweit als Initiative des Städtetagspräsidenten Christian Ude~~
  - ~~3. Metallmüll in Trudering~~
  - ~~4. Metallmüll in Trudering~~
  5. Weitergehende Übertragung von Entscheidungsrechten auf die Bezirksausschüsse.

Sehr geehrte Damen und Herren !

In jeder der Bürgerversammlungen der letzten Jahre wurde ein Antrag hinsichtlich der Verhältnisse auf dem Wertstoffhof an der Schwablhofstraße mit mehr oder weniger großen Mehrheiten angenommen. Immer oder fast immer hat das Kommunalreferat die Dreimonatsfrist für die Vorlage von Bürgerversammlungsanträgen nicht eingehalten, obwohl es sich die Erarbeitung der Stadtratsvorlagen durch die simple Übernahme der ohnehin schon dürftigen Begründungen aus den letzten Jahren denkbar leicht gemacht hat. Auf die Argumente der Bürgerversammlung wurde nicht eingegangen. Die Stadt München wird zentral geführt. OB und Stadtrat sind damit nicht in der Lage, alle Einzelprobleme mit der gebotenen Sorgfalt zu prüfen. Die politischen Entscheidungen beruhen zum größten Teil auf den voll übernommenen Vorlagen der Verwaltung. Nicht einmal bei mehrmals wiederkehrenden Entscheidungen werden die überforderten politischen Gremien hellhörig. Statt den Dingen auf den Grund zu gehen, empfinden die Volksvertreter wiederkehrende Eingaben als lästig.

München ist die stärkste deutsche Wirtschaftsregion. Diese Stadt kann nicht mehr mit den für eine Kleinstadt richtigen zentralen Strukturen regiert werden. Ein Weg, Entscheidungen künftig nicht nur noch durchzuwinken, wäre die

Aufgliederung in echte Stadtteilparlamente mit eigenen Bürgermeistern wie zum Beispiel in Berlin und Hamburg, zumindest aber eine wesentlich weitergehende Übertragung von Kompetenzen auf die Bezirksausschüsse als bisher. Am Beispiel Wertstoffhof wird deutlich, daß über die Art der Führung nicht die Zentrale entscheiden muß.

Auch die Stadtratsvorlage zum Bürgerversammlungsantrag aus dem Jahre 2006 erfolgte mit 6monatiger Verspätung. Es handelt sich dabei nicht nur um eine formale Mißachtung der Bürger und ihrer gewählten Volksvertreter, die Verwaltung verschafft sich auch noch Raum, Mißstände möglichst lange aufrecht zu erhalten und die eigenen Vorstellungen gegen den Willen von Bürgern und Bürgervertretung durchzusetzen.

Man möchte nicht für möglich halten, daß die in Trudering ansässigen und bei Bürgerversammlungen immer anwesenden Fraktionsvorsitzenden der beiden größten Parteien den Bürgerwillen nicht ausreichend im Stadtrat deutlich machen konnten. Aber es besteht halt Arbeitsüberlastung.

Der in der letzten Bürgerversammlung vorgelegte Fragenkatalog ist vom Kommunalreferat gar nicht oder nur unzulänglich beantwortet worden. In der Anlage dieses Antrags sind die fehlenden Antworten dargestellt. Für eine Verlesung fehlt die Zeit. Ich beschränke mich auf einen exemplarischen Punkt:

*Frage:*

*Auf dem weitläufigen Wertstoffhof ist dem Personal in Stoßzeiten unmöglich, den geordneten Einwurf zu sichern, bei schwachem Besuch sitzen die Herren in ihrem komfortablen Büro und erscheinen erst an Ort und Stelle, wenn sich die Bürger der Sachen schon entledigt haben. Warum soll ein durch den Zwang, seinen Lebensunterhalt zu sichern hoch motivierter und qualifizierter privater Betreiber, der sich kaum die Zeit zum Herumsitzen in sicherer Entfernung von der Arbeit nehmen wird, nicht sogar eine wesentlich bessere Mülltrennung herbeiführen können?*

*Antwort des Kommunalreferats:*

*Es ist richtig, daß es auf den sehr großen Wertstoffhöfen in Stoßzeiten nicht immer möglich ist, jegliche Fehlwürfe in die aufgestellten Container auszuschließen. Die Mitarbeiter auf den Wertstoffhöfen sind gehalten, die Kundinnen und Kunden bei ihren Anlieferungen bestmöglich zu unterstützen. Ein Verweilen der Mitarbeiter im Bürogebäude hat seine Ursache darin, daß auch einige Verwaltungsarbeiten zu tätigen sind, die ein Verbleiben im Büro erforderlich machen. Entsprechend den Arbeitsanweisungen werden die notwendigen Kontrollen von den Mitarbeitern auf den Wertstoffhöfen dennoch konsequent durchgeführt.*

Auch hier bleibt die Frage unbeantwortet. Es geht darum, weshalb bei Berücksichtigung des Alltags auf dem behördlichen WSH ein privater Betreiber nicht in der Lage sein sollte, mindestens ebenso gut und schlecht auf den richtigen Einwurf der einzelnen Wertstoffe zu achten wie städtische Bedienstete. Nicht nachvollziehbar ist auch, daß ein städt. WSH-Mitarbeiter ohne Leitungsfunktion für Verwaltungsarbeiten im Büro sitzen müßte, und das auch noch längere Zeit. Wenn es wirklich der Wahrheit entsprechen sollte, wäre davon auszugehen, daß bei einem privaten Betreiber die Mitarbeiter voll für ihre Aufgabe zur Verfügung stehen würden.

Die Münchner Wertstoffhöfe können nicht mehr weiter auf bloße Zerlegung und thermische Beseitigung ausgerichtet sein. Noch wichtiger als bisher ist die Rückführung von Gütern in den Wirtschaftskreislauf. Etwa 30 % des angelieferten Sperrfrist ist in einem Erhaltungszustand, der ein Wiederverwendung zuläßt. Der Bedarf für Second Hand wird mit Zunahme des Klimawandels und Abnahme des Einkommens für breite Schichten immer größer. Die in die Sachsenstraße aufwendig transportierten wiederverwendbaren Sachen machen nach eigenen Angaben des Abfallamts 2 % des Sperrmülls aus. Die Kosten übersteigen bei kaufmännischer Rechnung die Einnahmen. Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit sich bevorzugt unbegrenzt zu bedienen.

Ebenso wie niemand auf die Idee käme, den Verkauf von Obst und Gemüse auf Marktständen städtischen Mitarbeitern zu übertragen, kann der Verkauf von im Sperrmüll anfallenden wiederverwendbaren Sachen Aufgabe der Verwaltung sein. Das würde bei Obst und Gemüse nicht funktionieren und funktioniert auf Wertstoffhöfen noch weniger.

Unerträglich ist auch die Anweisung an die Mitarbeiter, nicht einmal für den Einwurf in die Müllpresse vorgesehene Gegenstände interessierten Bürgern zu überlassen. Den Mitarbeitern ist zugute zu rechnen, daß sie sich nicht immer an diese menschenverachtende Anordnung halten. Sie riskieren aber damit ihren Job zu verlieren. Außerdem entsteht eine Atmosphäre der Willkür und der potenziellen Bestechlichkeit.

Skandalös ist die Möglichkeit für einen einzigen Händler, die Anlieferer vor dem Wertstoffhof anzuhalten und sich die wertvollen Sachen geben zu lassen und die Abschreckung aller anderen Interessenten.

**Ich bitte die Bürgerversammlung, zu beschließen:**  
Oberbürgermeister und Stadtrat werden gebeten,

1.

Zeh bitte zu beschließen: 4

- ~~1. Historisch verspäteten Vorlagen an den Stadtrat einzuleiten.~~
2. Beim Kommunalausschuss auf die vollständige Beantwortung des Fragenkatalogs der Bürgerversammlung 2006 hinzuwirken.
3. Vergleichende Untersuchung des Stadtrats über die möglichst nachhaltige Wiederverwendung noch brauchbaren Sperrmülls auf Initiative des Stadtratspräsidenten Christian Ude. - Prüfung der Möglichkeit
4. Durchführung eines Modellversuchs an der Mauerseglerstraße mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Wiederverwendung durch alle interessierten Bürger.
5. Weitere beherrzte Übertragung von Entscheidungsrechten auf die Bezirksausschüsse, damit OB und Stadtrat wieder möglich wird, die verbleibenden Entscheidungen voll zu überblicken.

Mit freundlichen Grüßen  
Alfred Mayer